



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

**Staatssekretär**

An den  
Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Peter Sönnichsen, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn  
Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstr. 30  
24103 Kiel

Kiel, 03. März 2010

**Bundratsbeschlüsse im Jahr 2009 mit erheblichen finanziellen Auswirkungen auf das Land Schleswig-Holstein;**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Frau Abgeordnete Heinold hat in der 7. Sitzung des Finanzausschusses am 11.02.2010 darum gebeten, dass das Finanzministerium aufzeigt, welche Bundratsbeschlüsse im Jahr 2009 erhebliche finanzielle Auswirkungen auf das Land Schleswig-Holstein hatten.

Dieser Bitte komme ich mit der anliegenden Liste nach. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Dr. Olaf Bastian

## Beschlüsse unter Mitwirkung des Bundesrates in 2009, mit haushalterischer Auswirkung auf Schleswig-Holstein

– geordnet nach Sachbereichen / Ressorts –

Gesetz	Ziel / Regelungsinhalt	BR Drs.	FF Ressort	Kosten in Mio. € (volle Jahreswirkung)		
				alle Länder	SH nach KFA, soweit feststell- bar	Kommunen, soweit feststellbar
Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen ( <b>Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung</b> )	Umsetzung des BVerfG-Urteils zur Anerkennung von Krankenkassenbeiträgen sowie Nachjustierungen im Bereich Unternehmenssteuern (UStG - Ist-Versteuerung, KStG - Zinsschranke, allg. Sanierungsklausel)	168/09	Fz	4.192	96,4 (gemittelt)	60,2 (gemittelt)
Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	<b>Föderalismuskommission II</b>	510/09	Fz	offen	in Aussicht gestellte Kon- solidierungs- hilfe	offen
Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums ( <b>Wachstumsbeschleunigungsgesetz</b> )	Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise soll die wirtschaftliche Entwicklung mit strukturellen Anpassungen in diversen Steuergesetzen unterstützt werden, um die prozyklischen Folgen der Finanzmarktkrise abzuwenden	865/09	Fz	2.280	62,6 (gemittelt)	60,2 (gemittelt)

Gesetz	Ziel / Regelungsinhalt	BR Drs.	FF Ressort	Kosten in Mio. € (volle Jahreswirkung)		
				alle Länder	SH nach KFA, soweit feststellbar	Kommunen, soweit feststellbar
Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung ( <b>Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz</b> )	vgl. Gesetzesbezeichnung	632/08	Fz	79	2,0 (gemittelt)	1,3 (gemittelt)
Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland ( <b>Konjunkturpaket II</b> )	Mit einem diversifizierten Maßnahmenbündel (Anhebung Grundfreibetrag im EStG, Einmalzahlung beim Kindergeld, Neujustierung Kurzarbeit, Förderung von zusätzlichen Investitionen usw.) sollte der konjunkturelle Einbruch aufgrund der Finanzmarktkrise zeitnah und effektiv bekämpft werden	120/09	Fz	3.045	67,0 (gemittelt)	41,0 (gemittelt)
Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der <b>Entfernungspauschale</b>	Das BVerfG hat durch Urteil entschieden, dass die Rechtslage „Entfernungspauschale ab Veranlagung 2008“ nicht verfassungskonform ist, weshalb der Rechtszustand „Veranlagungsstand 2007“ wiederhergestellt und fortgeschrieben wurde.	243/09	Fz	1.020	offen	offen
Gesetz über die Akkreditierungsstelle - <b>Akkreditierungsstellengesetz</b> - AkkStelleG		605/09; 373/09	MWV	ca. 2,6 bis einschl. Dez. 2010	offen	keine

Gesetz	Ziel / Regelungsinhalt	BR Drs.	FF Ressort	Kosten in Mio. € (volle Jahreswirkung)		
				alle Länder	SH nach KFA, soweit feststellbar	Kommunen, soweit feststellbar
Gesetz zu dem Vertrag vom 3. September 2008 zwischen Deutschland und Dänemark über eine <b>Feste Fehmarnbeltquerung</b>		612/09, 15/09	MWV		Insgesamt ca. 60 (für Hinterlandanbindung in SH)	nicht bezifferbar
Zweites Gesetz zur Änderung des <b>Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes</b>	2. AFBG-Änderungsgesetz beinhaltet Verbesserungen in der Förderung sowie Ausweitung des nach dem AFBG zu fördernden Personenkreises	126/09	MWV	lt. Bund: in 2010: 66,3 in 2011: 86,0 in 2012: 90,2	akt. Hochrechnung 2010: rd. 1,0	
Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung ab dem Jahr 2009 ( <b>Krankenhausfinanzierungsreformgesetz – KHRG</b> )	Anpassung der unterschiedlichen landesweiten Basisfallwerte in 5 Konvergenzsritten in den Jahren 2010 bis 2014 auf einen einheitlichen bundesweiten Basisfallwertkorridor. Verbesserung der wirtschaftlichen Situation aller Krankenhäuser durch Refinanzierung eines großen Teils der Tarifierhöhungen und durch Aufhebung des sog. Sanierungsbeitrags sowie Verbesserung der Personalsituation im Pflegebereich.	31/09	MASG	Bund, Länder + Kommunen ca. 730  aber Entlastung bei Krankenhäusern in öffentlicher Trägerschaft iHv.rd. 1 Mrd.  Im Gesetz vorgesehene Korridorregelung zur Einführung eines bundesweiten Basisfallwertes würde für landesweites Gesamtbudget der Krankenhäuser in SH bis Jahr 2014 stufenweise ein Plus von ca. 40 Mio. Euro bedeuten		

Gesetz	Ziel / Regelungsinhalt	BR Drs.	FF Ressort	Kosten in Mio. € (volle Jahreswirkung)		
				alle Länder	SH nach KFA, soweit feststellbar	Kommunen, soweit feststellbar
Sechstes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch	Festlegung der Höhe der Bundesbeteiligung an den kommunalen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung ( <b>KdU</b> ) im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) für das Jahr 2010	864/09	MASG			<p><u>Bund:</u> durch seine Beteiligung an KdU iHv. 23,6 Prozent auch in 2010 gewährleistet, dass Kommunen entspr § 46 V SGB II um jährlich 2,5 Mrd. Euro entlastet</p> <p>Dadurch für Bund im Jahr 2010 finanzielle Belastung iHv. rd. 3,7 Mrd. Euro</p> <p><u>Für Kommunen</u> danach von für 2010 erwarteten KdU- Leistungen (lt. Bund ca. 15,8 <b>Mrd.</b> Euro) Beitrag iHv. rund 12,1 <b>Mrd.</b></p>

Gesetz	Ziel / Regelungsinhalt	BR Drs.	FF Ressort	Kosten in Mio. € (volle Jahreswirkung)		
				alle Länder	SH nach KFA, soweit feststellbar	Kommunen, soweit feststellbar
Gesetz zur Anordnung des <b>Zensus 2011</b> sowie zur Änderung von Statistikgesetzen	Rechtliche Voraussetzungen für die Durchführung des registrierten Zensus im Jahre 2011, Einräumung der Möglichkeit zur weiteren Nutzung des Anschriften- und Gebäuderegisters für spätere umwelt- und wohnungsstatistische Stichprobenerhebungen, Regelung zu einer jahreswechselübergreifenden Befragung.	375/09 (3/09)	IM	370	insgesamt ca. 18,4	Kostenausgleich iRd. Konnexität durch VO; Höhe noch nicht bezifferbar.